Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 27 | Halver, Mittwoch, 2. Februar 1955 | 1955

Auf der Commonwealth-Konferenz:

Indien bleibt Verteidigung fern

Nehru meidet Londoner Militärkonferenzen - Churchill über Wasserstoffbombe besorgt

dmt. London, 1. Februar

Die Ministerpräsidenten des britischen Commonwealth nahmen am Dienstag, dem zweiten Konferenztag, in Anwesenheit ihrer Generalstabschefs die britischen Verteidigungspläne zur Kenntnis, die Sir Winston Churchill und sein Verteidigungsminister MacMillan vorlegten. Der indische Ministerpräsident Nehru blieb allen Sitzungen, die sich mit militärischen Projekten beschäftigten, fern.

Nehru soll auch den Südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO), über den der US-Senat am Dienstag beriet, abgelehnt und in der Formosafrage weitgehend die rotchinesischen Ansichten gebilligt haben. Der britische Verteidigungsminister hat, wie man in London erfährt, auf die starke strategische Reserve hingewiesen, die es den britischen Düsengeschwadern erlaubt, sehr schnell an den Brennpunkten aufzukreuzen. Auch der jüngste Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay, wonach der Ostblock über sechs Millionen Mann unter Waffen hat und binnen 300 Tagen 400 Divisionen aufstellen könne, wurde geprüft. Nach unbestätigten Meldungen hat Großbritannien Australien und Neuseeland aufgefordert, zum Kampf gegen den kommunistischen Terror Truppen nach Malaya zu entsenden.

In der Nachmittagssitzung prüften die Konferenzteilnehmer die verschiedenen Verpflichtungen, die im Rahmen der NATO in Europa, in Afrika und im Südpazifik eingegangen wurden.

Bei der Erörterung der Einführung neuer Atomwaffen und der Gefahren der Wasserstoffbombe soll Sir Winston Churchill erklärt haben, er wäre froh, nicht mehr lange leben zu müssen, wenn in der Welt die Wasserstoffbombe zum Allheilmittel werden sollte.

Die Commonwealth-Minister erörterten in ihrer Vormittagssitzung — wie aus einem Dienstagabend veröffentlichten Kommuniqué hervorgeht — alle mit der Formosafrage verknüpften Probleme. Die Besprechungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Räumung der Tachen-Inseln begann noch nicht

Churchill appelliert an Peking — Geht Rot-China zum Sicherheitsrat?

dmt. New York, 1. Februar

Auf den Tachen-Inseln hat am Dienstag die unter dem Schutz der amerikanischen Streitkräfte geplante Evakuierung noch nicht begonnen, da, wie bereits berichtet, der nationalchinesische Marschall Tschiangkaischek immer noch mit den USA über eine Garantie für die Inseln Quemoy und Matsu verhandelt. In UNO-Kreisen betrachtet man die Lage um Formosa als nicht mehr so ernst wie vor einigen Tagen und glaubt, daß Rotchina die Einladung des Sicherheitsrates zu Beratungen über einen Waffenstillstand annehmen wird, wozu auch der britische Ministerpräsident Churchill die Pekinger Regierung am Dienstag im Unterhaus aufgefordert hat.

Von Singapur aus fuhr am Dienstag der 45 000-Tonnen-Flugzeugträger „Midway" nach Formosa, um die US-Flotte zu verstärken. Damit liegen fünf Flugzeugträger bei Formosa. In Taipeh werden Aufnahmepläne für die Evakuierung der Tachen-Inseln ausgearbeitet, in deren Gebiet die nationalchinesische Luftwaffe Schiffe der Rotchinesen bombardierte. 50 Kilometer nördlich der Tachen-Inseln lieferten sich vier kommunistische Kanonenboote und die Artillerie der Yuschan-Inseln am Dienstag ein heftiges Duell.

Der militärische Korrespondent der „New York Times", Hanson Baldwin, meint, die wahre Bedeutung Formosas liege nicht auf militärischem, sondern vielmehr auf psychologischem Gebiet. Ein Verlust Formosas an die Kommunisten würde sich in ganz Asien bemerkbar machen und für viele Asiaten das Signal sein, sich der Pekinger Clique anzuschließen. Auch die Bedeutung der Insel Quemoy und der Matsu-Inseln sei psychologisch.

Seegefecht bei den Tachen-Inseln

dmt. Taipeh, 1. Februar

Zwischen einem nationalchinesischen und einem kommunistischen Kriegsschiff kam es am Dienstag 25 Seemeilen nordöstlich der Tachen-Inseln zu einem einstündigen Seegefecht. Das kommunistische Schiff drehte dann ab.

Nationalchinesische Bombergeschwader, die gegen kommunistische Stellungen auf der Insel Yikiangshan anflogen, wurden von kommunistischen Düsenjägern angegriffen. Zu größeren Luftkämpfen kam es aber nicht.

Von den Tachen-Inseln wurden am Dienstag 1000 nationalchinesische Zivilisten, in der Mehrzahl Studenten, evakuiert.

Sensationelle Wendung im Falle Sokolowski

dmt. Wien, 1. Februar

Der Fall des Wiener Magistratsrates Dr. Alfred Sokolowski, der am 15. Januar von einer Unterredung in der Wiener sowjetischen Stadtkommandantur nicht mehr zurückkehrte, hat eine sensationelle Wendung zu verzeichnen. Der Verdacht verdichtet sich, daß Sokolowski keineswegs ein Opfer der Sowjetjustiz wurde, sondern daß er ein Agent Moskaus war, der jahrelang eine Doppelrolle spielen und den Sowjets wertvolle Dienste leisten konnte. Im Wiener Magistrat fehlen nicht nur alle Akten über Sokolowski, sondern er hat auch alle Wertgegenstände aus seiner Privatwohnung mitgenommen.

Mendès-France: Pariser Texte endgültig

Saargespräch mit dem Papst — Regierungsniederlage in der Nationalversammlung

dmt. Paris, 1. Februar

Ministerpräsident Mendès-France erklärte am Dienstag in Paris, er sei auf der Baden-Badener Konferenz ebenso wie Dr. Adenauer der Meinung gewesen, daß die Texte der Pariser Verträge als endgültig anzusehen sind. In der Nationalversammlung erlitt die französische Regierung bei der Debatte über die Beamtengehälter eine neue Niederlage.

Mit 580 gegen 34 Stimmen billigten alle Fraktionen Dienstagnachmittag einen Antrag der MRP-Opposition, wonach die Haushaltsberatungen über die Beamtengehälter und Pensionen vorläufig ausgesetzt werden sollen. Lediglich die Minister stimmten gegen diesen Antrag, dessen Abstimmungsergebnis nach der Regierungsniederlage am Montag in der Frage des Staatsrundfunks einen zweiten Prestigeverlust vor der großen Nordafrikadebatte darstellt, die am Mittwoch beginnt.

Ueber seine Baden-Badener Gespräche mit dem Bundeskanzler und seine Reise nach Rom berichtete Mendès-France dem außenpolitischen Ausschuß des Parlaments. Er sagte, man sei in Baden-Baden übereingekommen, nach der Saarregelung eine Garantie Großbritanniens und der USA anzustreben. Ferner sei über die Vorbereitung der Volksabstimmung an der Saar und die Zuständigkeiten des Saar-Kommissars, der ein Engländer sein werde, gesprochen worden. Die Saarfrage habe er auch bei seiner Privataudienz mit dem Papst erörtert. Die Gespräche mit der italienischen Regierung haben, wie Mendès-France mitteilte, die gleiche Auffassung beider Regierungen über die europäische Politik gezeigt.



Nehru berät mit Eden

Der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru hatte eine Unterredung mit dem britischen Außenminister Sir Anthony Eden. Das Gespräch galt der Lage im Raum von Formosa. Nehru ist der einzige Commonwealth-Premierminister, der mit den chinesischen Kommunisten direkten Kontakt aufgenommen hat. (Foto: dpa)

Luxemburger Staatsrat billigt Westeuropaunion

dpa. Luxemburg, 1. Februar

Der luxemburgische Staatsrat hat die Pariser Protokolle gebilligt und damit den Weg zur Ratifizierung durch das luxemburgische Parlament freigemacht.

Frankreich ließ 16 Deutsche frei

dpa. Paris, 1. Februar

Im Laufe des Januar haben die französischen Justizbehörden 16 wegen Kriegsverbrechen verurteilte Deutsche vorzeitig freigelassen. Damit beträgt die Zahl der Deutschen, die noch in französischen Gefängnissen Strafe wegen Kriegsverbrechen absitzen, 66, wie am Dienstag von zuständiger deutscher Seite in Paris mitgeteilt wurde.

Bei guter Führung werden die Verurteilten fast immer von der französischen Justizverwaltung vorzeitig entlassen. Entweder setzt eine in regelmäßigen Zeitabständen tagende Gnadenkommission die Strafe herab, wenn sie zumindest zur Hälfte verbüßt ist, oder den Verurteilten wird die sogenannte „bedingte Freiheit" gewährt.

Fort mit den Cocktail-Parties!

Während man im Bundestag die Frage diskutierte, ob der Bundestagspräsident in Zukunft bei den Sitzungen einen Cut tragen soll (was inzwischen eingeführt worden ist) oder ob die Herren Volksvertreter sich gegenseitig als „Ehrenwerte Herren" nach englischem Muster anreden sollen, ist man im englischen Parlament bemüht, von einem alten Zopf loszukommen und zunächst einmal den Diplomaten wieder etwas mehr Bewegungsfreiheit zu geben.

So wurde im Unterhaus dem britischen Außenminister Eden nahegelegt, bei den diplomatischen Vertretungen im Auslande den Unfug mit den Cocktail-Parties, mit den meist sehr überflüssigen Empfängen und „Abfütterungen", wie sie heute immer noch im diplomatischen Verkehr üblich sind, einzuschränken. Dieser Wunsch wurde damit begründet, daß solche Empfänge, die ja im Grunde einen Leerlauf bedeuten, nicht nur kostspielig seien, sondern auch die Mitglieder des diplomatischen Corps zeitlich in einer kaum mehr erträglichen Weise belasteten.

Man braucht nur einmal nachzurechnen: es gibt ungefähr 80 souveräne Staaten. Jeder von ihnen feiert mindestens einmal im Jahre einen nationalen Feiertag, der Anlaß zu einer Cocktail-Party gibt. Dazu kommen Staatsbesuche, Empfänge anläßlich kultureller Veranstaltungen der einzelnen Auslandsvertretungen und die üblichen Routine-Einladungen der Diplomaten untereinander.

Errechnet man einen Durchschnitt von etwa 150 derartigen Veranstaltungen und nimmt man an, daß der betreffende Diplomat auch nur zwei Stunden auf jedem Empfang anwesend ist, so ergibt sich ein bloßer Zeitaufwand von 300 Stunden oder rund 30 Arbeitstagen. Das bedeutet, daß heute ein Diplomat im Durchschnitt einen Monat im Jahr auf Empfängen zubringt, bei denen er nichts anderes tut als Händeschütteln und ein paar unverbindliche Worte wechseln. Von den geldlichen Kosten dieses Leerlaufes ganz zu schweigen.

Die Antragsteller im britischen Unterhaus waren also offenbar nicht schlecht beraten, als sie gegen diesen Unfug aufbegehrten. (PcB)

In letzter Minute

Die amerikanische Armee gab heute morgen bekannt, daß ein sechstes Bataillon Atomartillerie — das 216. Feldartillerie-Bataillon — nach Europa verlegt und den NATO-Streitkräften zugeteilt wird. Das mit sechs 28-cm-Kanonen ausgerüstete Bataillon werde „in naher Zukunft" die USA verlassen. Die US Armee gab nicht bekannt, wo die Einheit stationiert werden soll.

Das Militärgericht in Marseille verurteilte Dienstag abend den ehemaligen Kommandanten der 277. Infanterie-Division, Generalleutnant von Praun, der gegenwärtig in Neumarkt-St. Veit in Bayern lebt, in Abwesenheit zum Tode. Er wurde für eine Reihe von Erschießungen verantwortlich gemacht, die in der Nacht zum 7. Juni 1944 in Fontjon erfolgten.

Der dänische Außenminister Hansen wurde am Dienstag zum Nachfolger des verstorbenen Ministerpräsidenten Hedtoft ernannt. Er wird weiterhin seine Aufgaben als Außenminister wahrnehmen.

Unter den Schüssen eines Attentäters brach gestern der Gouverneur der argentinischen Provinz Eva-Peron, Salvador Anania, zusammen. Unmittelbar nach dem Attentat wurde ein ehemaliger Provinzialminister, Justo Tierno, verhaftet. Anania wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht, wo er Bluttransfusionen erhielt.

Der Oberste tschechoslowakische Gerichtshof in Prag verurteilte drei Personen zum Tode, eine zu lebenslänglich Zuchthaus und dreizehn zu Gefängnisstrafen zwischen 4 und 22 Jahren. Die Verurteilten sollen zwischen 1950 und 1953 Einwohner mehrerer Teile von Böhmen und Mähren „terrorisiert", zwei Mitglieder des tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes ermordet, und geplant haben, ein Elektrizitätswerk und andere öffentliche Gebäude in die Luft zu sprengen.

Krieg ist nicht notwendig

Nachdem UNO-Generalsekretär Hammarskjoeld am Dienstagmorgen die Aufforderung an Peking abgesandt hat, einen Vertreter nach New York zu schicken, wartet der Weltsicherheitsrat, in dessen Auftrag die Einladung erfolgte, auf Antwort. Mit ihm warten in Spannung die außenpolitischen Aemter der ganzen westlichen Welt. Sagt Peking zu, so scheint ein erster Schritt zur Entspannung der Situation um Formosa getan, denn solange verhandelt wird, artet die Schießerei in Fernost nicht in einen regelrechten Krieg aus.

Niemand glaubt indessen ernsthaft an diesen Krieg, dessen Wolken blitzschnell vor Wochenfrist am Horizont auftauchten. Mao hat zur Zeit genug Sorgen im eigenen Hause; Mißernten und Ueberschwemmungen haben ihn vor große innenpolitische Aufgaben gestellt. Sie lassen zwar Zeit für ein Säbelrasseln, doch nicht für ein Abenteuer, dessen Ausdehnung, Opfer und Ende sich nicht errechnen lassen. Auch das Molotow-Interview mit den beiden amerikanischen Journalisten hat erkennen lassen, daß sich die Russen durch die Formosa-Krise nicht in einen allgemeinen Krieg verwickeln lassen möchten.

Immerhin befinden sich die USA in einer höchst ungemütlichen Situation. Die neue nationalchinesische Forderung, auch die amerikanische Garantie für die Inseln Quemoy und Matsu zu übernehmen, hat diese Verlegenheit nur vergrößert, ist es doch bekannt geworden, daß gerade die Ueberlassung dieser beiden Inseln das Lösegeld für die elf wegen Spionage in Peking verurteilten US-Flieger bilden sollte.

Man könnte es für einen Fehler der Vergangenheit betrachten, daß die USA überhaupt die Garantie für den Zwergstaat Tschiangkaischeks übernommen haben, denn alle Beteuerungen des Generalissimus, in der Lage zu sein, mit entsprechender ausländischer Hilfe das chinesische Festland zurückerobern zu können, müssen angesichts der gewaltigen Uebermacht Maos wenigstens für absehbare Zeit als Utopie erscheinen, es sei denn, man ließe es auf eine weltweite kriegerische Auseinandersetzung ankommen. Man muß aber verstehen, daß die Amerikaner seinerzeit das Risiko in der ehrlichen Absicht und Ueberzeugung eingingen, auf Formosa einen Damm gegen das Vordringen des Weltkommunismus errichten zu können. Ressentiments spielten dabei ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle.

Aber mit Ressentiments kann man keine Politik machen, das erleben wir jeden Tag aufs neue. Auch die Amerikaner werden noch diese Lehre annehmen müssen, die die weitaus realistischeren Engländer schon lange akzeptiert haben. Als London das Mao-Regime anerkannte und mit dem neuen China die diplomatischen und Handelsbeziehungen aufnahm, war noch lange nicht so klar wie jetzt, daß zwar zwischen Peking und Moskau Absprachen erfolgen, daß aber Mao

WORTE DER BESINNUNG

Glückselig der, dessen Welt innerhalb des Hauses ist.

Goethe

Ein Pantoffelheld

Wenn ein Mann unter der Herrschaft seiner Frau steht, nennt man ihn einen Pantoffelhelden. Das ist nichts Neues, das wissen Sie schon. Aber nicht immer sind uns solche Selbstverständlichkeiten bekannt . . . Wissen Sie, wie Herr Müller zu diesem „Titel" kommt? Ja, weil er daheim nichts zu sagen hat. Aber woher kommt diese Bezeichnung?

Das Wort „Pantoffel" ist erst um 1500 ins Deutsche übernommen worden. Italienisch „pantofola" stammt aus dem Griechischen (panto = ganz und phellos = Kork) und heißt Korkschuh. In obiger Redensart hat das Wort „Pantoffel" das frühere „Schuh" verdrängt.

Nach altdeutscher Sitte brachte der Bräutigam der Braut einen Schuh, und sobald sie diesen angezogen hatte, trat sie aus der väterlichen Obhut in die des Eheherrn. Der Schuh drückt dies symbolisch aus. Natürlich verschaffte der Fuß dem Schuh diese Bedeutung; denn wer als Sieger mit seinem Fuße ein Land betrat, drückte damit die Besitzergreifung aus; wer dem besiegten Feinde den Fuß auf den Nacken setzte, galt als der Herr.

In der Ehe nun kehrt sich freilich oft das Herrschaftsverhältnis um. Nach alter Vorstellung glaubte man, daß der Ehepartner das Heft in der Hand behalten werde, der nach der Eheschließung als erster dem andern auf den Fuß trete. Allmählich trat dann als Zeichen der Befehlsgewalt an Stelle des Schuhes der Pantoffel, der im 16. Jahrhundert als besonders zierliche und vornehme Fußbekleidung galt.

Herbert

Ein amtliches Haus mit persönlicher Note

In Brügge wurde die erste Nebenstelle des Kreisgesundheitsamtes Altena ihrer Bestimmung übergeben

Brügge. In Anwesenheit von zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens wurde am Montagnachmittag die Nebenstelle Brügge des Kreisgesundheitsamtes Altena ihrer Bestimmung übergeben. Oberkreisdirektor Feuring übergab den Schlüssel zu dem neuen Hause dem Kreisarzt, Obermedizinalrat Dr. Dähne, der ihn an den Leiter der Nebenstelle Brügge, Medizinalrat Dr. Kleinschmidt, weiterreichte. Dieser Neubau ist in erster Linie erstellt worden, um der Bevölkerung des Volme-Gebietes bei der Inanspruchnahme des Kreisgesundheitsamtes den weiten Weg nach Altena zu ersparen. Sämtliche Aufgaben können hier erledigt werden. Am Dienstagmorgen erwartet man die ersten Patienten und Ratsuchenden.

Oberkreisdirektor Feuring begrüßte unter den Gästen, die einer kleinen Feierstunde aus Anlaß der Hausübergabe beiwohnten, besonders den Vorsitzenden des Bau- und Wegeausschusses, Fabrikant Spelzberg, Gemeindebürgermeister Haß, Amtsbürgermeister Steinbach, Amtsdirektor Nillius, sowie den Kreisbaurat Jäger, der für die Durchführung der Planung verantwortlich zeichnete, und dessen Mitarbeiter.

FÜR DIE BREITESTEN KREISE

In einer kurzen Ansprache unterstrich er die Bedeutung des Hauses, das sich auch in seiner äußeren Form recht glücklich in seine Umgebung einpaßt. Es solle den breitesten Kreisen des Volme-Gebietes für alle gesundheitlichen Fragen zur Verfügung stehen. Fast vier Jahre seien seit dem Beschluß, eine derartige Nebenstelle des Kreisgesundheitsamtes zu bauen, ins Land gegangen. Diese Verzögerung liege in der Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten begründet, die nun einmal jedem Projekt ähnlicher Art im Wege stehen könnten.

Am 28. Februar 1951 habe der Kreistag die Einrichtung einer Zweigstelle des Gesundheitsamtes beschlossen. Zunächst sei an den Einzug in die frühere landwirtschaftliche Winterschule in Brügge gedacht gewesen. Durch die Feuchtigkeit der Räume sei aber ein Strich durch diese Rechnung gemacht worden. Danach stand die frühere Berufsschule zur Diskussion. Auch dagegen sprach sich nach einem Lokaltermin der Kreisausschuß aus. Schließlich habe man nach längerem Suchen den Platz gefunden, auf dem heute das Haus stehe und das Grundstück von der Gemeinde Lüdenscheid gekauft.

11. MAI 1954: ERSTER SPATENSTICH

Am 11. Mai v. J. habe der Kreistag endgültig die Errichtung des Hauses genehmigt und die Arbeiten ausgeschrieben. Sechs Tage später sei bereits gebuddelt worden. Obwohl dann der regnerische Sommer manches Hindernis aufgebaut habe, sei man doch gut vorangekommen, und könne nun planmäßig die Uebergabe vornehmen.

Für die Baukosten seien 140 000 DM zur Verfügung gestellt worden, 30 000 DM für Grunderwerbskosten. Ausgegeben habe man bisher 100 000 DM für die erledigten Arbeiten, für weitere seien 34 000 DM erforderlich. Aus dieser Rechnung ergebe sich die bei kommunalen Bauten seltene Tatsache, daß ein veranschlagter Betrag nicht überschritten wurde. Für die Einrichtung des Hauses habe man bisher 20 000 DM aufgewendet, dazu kämen noch die Kosten für eine für die nächste Zeit geplante Zahnstation. Diese Summen seien jedoch durch eine Beihilfe des Sozialministeriums im wesentlichen gedeckt.

Der Oberkreisdirektor sprach dann allen, die von der Planung bis zum letzten Nagel an dem Bau mitgearbeitet haben, seinen und der Verwaltung Dank aus. Er erweiterte diesen Dank auf die Gemeinde Lüdenscheid, die durch Hergabe des Grundstückes mit dazu beigetragen habe, das Projekt zu verwirklichen.

Kreisarzt Obermedizinalrat Dr. Dähne betonte, daß durch dieses neue Haus ein engerer Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Aerzteschaft hergestellt werden solle. Man sei glücklich, nun doch erhebliche Belastungen für die Bewohner des Volme-Gebietes ausgeschaltet zu haben. Sehr ausführlich ging er dann auf die bedeutendsten Aufgaben der Gesundheitsbehörde ein, zu denen nicht nur die medizinische Beratung und Hilfe gehören, sondern ebenso eine Reihe sehr wichtiger verwaltungsmäßiger und aufsichtsmäßiger Dinge, für die sich nun auch bedeutende Erleichterungen anbahnten.

Amtsdirektor Nillius überbrachte die Glückwünsche seiner Dienststelle und der Gemeinde. Fabrikant Spelzberg unterstrich den ganz besonders hohen ethischen Zweck des Neubaus, der mit aller Liebe und Intensität errichtet worden sei.

Medizinalrat Dr. Kleinschmidt dankte für das Vertrauen, das man ihm mit dem Auftrag, das neue Haus zu leiten, ausgesprochen habe. Die Arbeit hier solle ganz auf das Wohl der gesamten Bevölkerung des Volme-Gebietes abgestellt werden.

EIN SCHÖNER BAU

Bei einem Rundgang präsentierte sich dann die Nebenstelle des Kreisgesundheitsamtes in ihrer ganzen Zweckmäßigkeit. Hier wurde mit großer Ueberlegung etwas geschaffen, das auch hohen Ansprüchen gerecht wird. Ein sehr geschmackvoller Aufgang mit schmiedeisernem Geländer des Lüdenscheider Schlossers Neumann führt in die obere Etage, wo der Verkehr völlig reibungslos abgewickelt werden kann. Der Auskunft schließen sich das gut eingerichtete Laboratorium, das Zimmer der Fürsorgerin, der Röntgenraum und schließlich das Dienstzimmer des Medizinalrates an. Ein besonderer Warteraum ist für Tuberkulosekranke vorgesehen. Dunkelkammer, Umkleideschleusen und die Toilettenanlagen vervollständigen diesen Zweckbau, dem man unbedenklich auch das Prädikat „schön" zusprechen kann, und der es verdient, von der Bevölkerung rege in Anspruch genommen zu werden. GEH

Halver

Marine-Kameradschaft „Gorch Fock" gegründet

Zur Gründung einer Marinekameradschaft in Halver trafen sich nunmehr eine Anzahl früherer Angehöriger der ehemaligen Kriegs- und Handelsmarine. Nach einem Referat über Sinn, Zweck und Aufgabe des Deutschen Marinebundes als der entsprechenden Dachorganisation schritt man zur Gründung der Kameradschaft, der man unter einer alten, sturmzerschlissenen Flagge des Kreuzers „Leipzig" den Namen „Gorch Fock" gab.

Gericht: „Haltlose Anschuldigungen!"

Vor dem Amtsgericht Lüdenscheid wurde gestern gegen ein Flüchtlingsehepaar aus dem Barackenlager verhandelt. Es war im Oktober 1953 nach Halver gekommen und hatte inzwischen mehrfach schwere Vorwürfe gegen das Halversche Sozialamt und dessen Leiter erhoben. Nach Anhörung zahlreicher Zeugen erklärte das Gericht, daß von Unterschlagung und ähnlichen Dingen nicht die Rede sein könne. Es verurteilte beide Eheleute zu je 60,— DM Geldstrafe oder je 6 Tagen Gefängnis. Hierbei ließ es Milde walten, weil es sich um Flüchtlinge handelte. Der Staatsanwalt hatte gegen den Ehemann 100,— DM und gegen die Ehefrau 50,— DM beantragt.

Neufestsetzung der Renten

Die Ortsgruppe Halver des Reichsbundes bittet uns auf folgendes hinzuweisen: Wird ein Antrag auf Neufestsetzung der Rente nach der 3. Novelle zum BVG bis zum 31. März 1955 gestellt, so beginnt die Rente oder Ausgleichsrente mit dem 1. Januar 1955, frühestens aber mit dem Monat, in dem die Voraussetzungen erfüllt sind.

Das interessiert die Mütter

Die nächste Mütterberatungsstunde findet am kommenden Freitag um 14.30 Uhr in der kath. Volksschule statt.

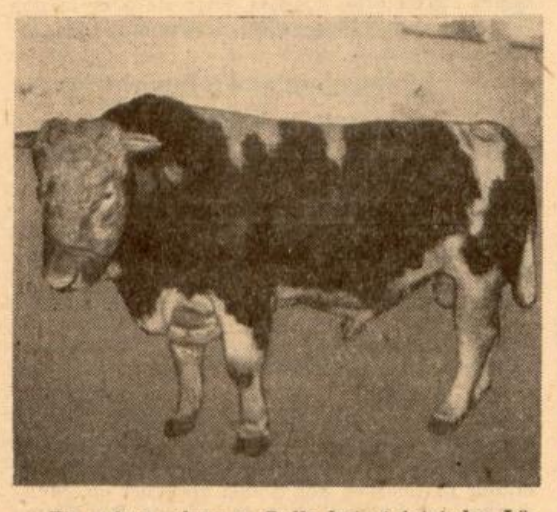
Heute morgen Verkehrsunfall

In der von-Vincke-Straße ereignete sich heute morgen gegen 6.30 Uhr hinter dem Kleinbahnhof ein Verkehrsunfall. Dort fuhr ein Motorradfahrer einen Fußgänger an. Glücklicherweise entstand dabei nur leichter Personenschaden.

Eine Ehrenkrone ist das Alter

Morgen blickt die Witwe Friedrich Branz, Lina geb. Hasenclever, Frankfurter Straße 77, auf einen Lebensweg von 90 Jahren zurück. — Am gleichen Tage wird Frau Marie Nerenberg, Oesterberg 20, 80 Jahre alt.

Kurz belichtet - schnell berichtet



Ein selten schwerer Bulle betrat jetzt den Lüdenscheider Schlachthof, um ihn lebend nicht wieder zu verlassen. Ein Metzgermeister erwarb dieses fast 18 Zentner schwere Prachtexemplar auf dem Wuppertaler Viehmarkt, um es seiner Kundschaft in diesen Tagen in Form von hochwertigem Fleisch verkaufen zu können. Weil es im Jahr nicht oft vorkommt, daß solche schweren Tiere zur Schlachtbank geführt werden, haben wir das Tier „schnappgeschossen", bevor es endgültig geschossen wurde.

Gefahrenstellen durch Schmelzwasser

Unsere „229" ruft nach Ueberholung

Eine der Hauptverkehrsstraßen im Halverschen Raum

Nachdem der letzte Schnee von der Bundesstraße 229 gewichen ist, bietet sich ein Bild, das recht bedenklich stimmt. Waren es in den vorhergegangenen Jahren die Frostaufbrüche, vor denen wir dieses Mal bewahrt zu bleiben scheinen, so sind es jetzt die Auswaschungen des Schmelzwassers, die kaum geringere Schäden angerichtet haben.

Vor allem sind es die alten Flickstellen aus den beiden vergangenen Jahren, die unter dem Wasser erheblich gelitten haben. Das Wasser hat tiefe Schlaglöcher ausgewaschen, alte Reparaturstellen aufgerauht und zu Gefahrenstellen gemacht. Zwar hat man sich bisher nach Kräften bemüht, dieser Schäden mit örtlichen Mitteln Herr zu werden, doch erscheint es jetzt mehr denn je notwendig, hier durch eine regelrechte Straßenbaukolonne diese Schäden in gründlicher Reparatur zu überholen, so daß man der Straße eine längere Lebensdauer zutrauen kann.

Mit Improvisationen wird man dieser Lage jetzt kaum noch, und wenn möglicherweise neue Schneefälle weitere Schäden angerichtet haben, schon gar nicht mehr Herr. Immerhin handelt es sich um eine der Hauptverkehrsstraßen unseres Raumes.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann

Der Großbrand bei der Oberbrügger Kleineisenwarenfabrik Gebr. Loewen hat nun doch noch ein Menschenleben gekostet. Der Feuerwehrmann Fritz Richter, der bei den Löschversuchen schwere Rauchvergiftungen erlitten hat, und, wie wir berichtet hatten, dem Krankenhaus zugeführt werden mußte, ist dort jetzt verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der schwergeprüften Familie — die Eheleute konnten noch im vergangenen März das Fest der Silberhochzeit begehen — bringt man allseitige Teilnahme entgegen. Die Firma Heinr. Giersieper verliert in dem Verstorbenen einen guten Arbeitskameraden, der fast 39 Jahre in ihren Reihen gestanden hat. Der Löschzug Ehringhausen hat nun die traurige Pflicht, einen guten Kameraden, der sich bis zum Letzten in seinem freiwillig übernommenen Dienst eingesetzt hat, zur letzten Ruhe zu geleiten.

Der Turnverein Berkenbaum

führt am Sonnabend, dem 5. Februar, im Vereinslokal Lüsse seine Generalversammlung durch. Hierzu sind alle Turner und Sportler sowie die Handballer eingeladen.

Neuer Gastronom

Das Café Ohlerweide ging durch Pacht in die Hände eines neuen Gastronomen über.

Rönsahl

Unverlierbare Heimat

Morgen wird in der VHS Rönsahl wieder einmal für die Heimatvertriebenen die alte, unvergessene Heimat in Wort, Bild und Lied lebendig werden. „Ostpreußen", Land der dunklen Wälder und der tausend Seen", heißt dieser Abend.

Hauptversammlung des VdK

Der VdK, Ortsgruppe Brügge, versammelt sich am Sonnabend, dem 5. Februar, 20 Uhr, im Café Feldhoff zur Jahreshauptversammlung.

Bergfeld

Sie waren die besten Schützen

Beim Ausschießen des Vereins-Wanderpreises im Schießklub Wilhelmshöh für den Monat Januar war wie im Vormonat Günther Ebbinghaus der beste Schütze. Nach ihm placierten sich: Elfriede Engelmohr, Helmut Grieb, Hans Möhlmann, Werner Brocksieper und Otto Engelmohr.

Oberbrügge/Ehringhausen

Die diesjährige Konfirmation

In diesem Jahre ist die Konfirmation der Jungen und Mädel in der Kirchengemeinde Oberbrügge auf den 20. März festgelegt. Die Prüfung findet am 13. März in der neuen Kirche statt, während die Feier des heiligen Abendmahls in diesem Jahre wieder gesondert gefeiert wird. Hierfür ist der 28. März vorgesehen. Die Prüfung vor dem Presbyterium findet bereits früher statt.

Turner und Fußballer geben Rechenschaft

Der TuS Oberbrügge 1870 bittet seine Mitglieder für Sonnabend, den 5. Februar, zur Jahreshauptversammlung in das Vereinsheim Hüttebräuker. Anmeldungen zur Teilnahme an dem deutschen Kunstturnwettkampf in der Westfalenhalle am 8. Mai sind schon jetzt beim Geschäftsführer Karl Dahlhaus vorzunehmen. Auch die Fußballer wollen am Sonnabend den Rechenschaftsbericht geben und laden ihre Mitglieder hierzu in das Vereinsheim Hotel Süderland ein.

VIRGINIA: Auf den großen Tabak-Auktionen erfüllen unsere erfahrenen Einkäufer ihre verantwortungsvolle Aufgabe. Sie wählen – auch durch die Duftprobe – aus einer Fülle von Tabaken nur reine, naturwürzige Sorten für die Red Rock aus.



Der Tabakfachmann weiß:

Der Duft reinen Tabaks verbürgt reinen Genuß

Machen Sie doch einmal selbst diese fachmännische Prüfung. Öffnen Sie eine Red Rock-Packung . . . welch ein Duft! Rauchen Sie eine Red Rock . . . welch Genuß!

Düsseldorf begann mit Haushaltsdebatte

Opposition will Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit — Gegen eine Teilung des Landes

bb. Düsseldorf, 1. Februar

Der Landtag in Düsseldorf begann am Dienstag mit der Beratung des auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit rund 4,4 Milliarden DM abschließenden Landeshaushalts. Gegen alle Versuche zur Aufteilung des Landes Nordrhein-Westfalen wandte sich der SPD-Fraktionsführer und Oberbürgermeister von Hagen, Steinhoff.

Er hielt es in Anbetracht der gesamtdeutschen Probleme für unsinnig, derartige Fragen jetzt zu diskutieren. „Als Westfale" verlangte er, daß bei der Anwendung des neuen Rundfunkgesetzes die Belange Westfalens stärker berücksichtigt werden als bisher. Ferner wandte er sich gegen den Aufbau der technischen Hochschule Aachen zu einem „Mammutgebilde", während im Herzen des Ruhrgebietes eine TH fehle. Er bat die Landesregierung, zu überlegen, ob es möglich sei, in Ostwestfalen Industrie anzusiedeln. Die Landesregierung möge den Landesteil Westfalen wissen lassen, daß sie sich diesem Landesteil wirklich verbunden fühle. Westfalen „auf ein Bein gestellt" könne nicht existieren. Dafür gebe das Land Schleswig-Holstein ein Beispiel.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Präsident Gockeln der seit der letzten Zusammenkunft des Landtags am 19. Januar ums Leben gekommenen 22 Bergleute. Frau Bundesminister a. D. Christine Täusch (CDU) ist, wie Gockeln bekanntgab, von der medizinischen Fakultät der Universität Köln der Ehrendoktor verliehen worden, und von der Universität wurde sie zum Ehrensenator ernannt. Die Ehrungen erfolgten wegen ihrer Verdienste um den Wiederaufbau der beiden Universitäten.

Für die CDU-Fraktion nahm deren Vorsitzender Jonen Stellung zum Etat, für die SPD-Fraktion deren Vorsitzender Steinhoff. Die Ausführungen beider Redner wurden oft durch Zwischenrufe unterbrochen. Zeitweise war die Stimmung des Hauses erregter, als es der nüchternen Finanzmaterie entsprach. Vizepräsident Dobbert (SPD) mußte mehrfach eingreifen. Einen Zwischenruf des FDP-Abgeordneten Graf ahndete er mit einer Rüge und einen Zwischenruf des Abgeordneten und früheren Wiederaufbauministers Dr. Schmidt über Polizeifragen beantwortete er mit einer Richtigstellung.

Im Gegensatz zum Vorjahr obliegt die Rolle der Opposition jetzt nur der SPD-Fraktion. Der im Vorjahr sehr kritische Sprecher der FDP-Fraktion, Minister Dr. Middelhauve, sitzt als Wirtschaftsminister auf der Regierungsbank. Hierauf verwies der SPD-Sprecher, als er an der Finanzpolitik des Landes bemängelte, daß für Investitionsaufgaben wie die (alljährlich mit 30 Millionen DM aus Steuermitteln finanzierte) Elektrifizierung der Bundesbahn im Rhein-Ruhr-Gebiet nicht Anleihen auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden und daß die Gemeinden gezwungen seien, ihre öffentlichen Ausgaben mit Anleihen zu finanzieren, obwohl sie sehr viel schlechter als der Bund und die Länder gestellt seien. Er verlangte, wie schon in den Vorjahren, die baldige Einführung der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit und die baldige Vorlage eines Entwurfes des Schulfinanzierungs- und Verwaltungsgesetzes. Auch in Bezug auf die Verwaltungsreform will die Opposition endlich Gesetzentwürfe sehen. Einig waren sich Opposition und CDU-Fraktion über die Notwendigkeit einer verstärkten Förderung von Forschungsaufgaben. Abgeordneter Jonen (CDU) erklärte, die Schulgeldfreiheit könne erst eingeführt werden, wenn der Wiederaufbau der Schulen abgeschlossen sei. Seinen Ausführungen zufolge fehlten im Sommer 1954 noch 7400 Klassenräume.

NRW-Zusatzforderungen zum Saarabkommen

Düsseldorfer Landtag war sich einig — Saar-Abstimmung nach Muster von 1935

bb. Düsseldorf, 1. Februar

Bei drei Stimmenthaltungen vertrat der Nordrhein-westfälische Landtag am Dienstag zum Abschluß seiner von der SPD-Fraktion beantragten Saardebatte mit selten großer Einmütigkeit die Auffassung, daß kein Staatsvertrag über die Rechtsverhältnisse an der Saar gebilligt werden könne, der nicht folgenden Forderungen Rechnung trägt:

1. Die rechtliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland darf nicht in Frage gestellt werden.

2. Die Freiheit der politischen Meinungsäußerung der Saarbevölkerung muß jederzeit beachtet werden und auch das Recht umfassen, zu den Fragen des gegenwärtigen und künftigen Status des Saargebiets Stellung zu nehmen.

3. Die endgültige Entscheidung der Bevölkerung darüber, ob das Saargebiet bei Deutschland verbleiben soll oder nicht, muß unter den gleichen oder gleichwertigen Bestimmungen erfolgen, wie bei der letzten Volksabstimmung (1935).

4. Der freiausgedrückte Wille der Bevölkerung an der Saar, bei Deutschland zu verbleiben, muß von den vertragsschließenden Staaten, den Garantiemächten und auch der Saarregierung beachtet werden.

Von den Sprechern der Fraktionen wurde der Wille zur Verständigung mit Frankreich hervorgehoben und die unterschiedliche Interpretation des Pariser Abkommens vom 23. Oktober 54 durch die französische Regierung und die Bundesregierung als Gefahr für diese Verständigung gewertet. Die SPD-Fraktion hatte in einem Antrag verlangt, daß der Landtag das Saarstatut für „unannehmbar" erklären solle. Dieser Antrag wurde von den Koalitionsparteien CDU, FDP und Zentrum bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt. Die SPD stimmte dann dem weitergehenden Antrag der Koalitionsfraktionen zu, weil sein Inhalt in den Staatsvertrag über die Saar aufgenommen werden müsse. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Steinhoff, stellte ausdrücklich fest, daß diese Forderungen in dem dem Bundestag vorliegenden Entwurf des Saarstatuts nicht enthalten seien.

Vorläufig keine Neugliederung des Bundesgebietes

CDU grundsätzlich für Hinausschiebung — Nur ein Verfahrensgesetz zu erwarten

wl. Bonn, 1. Februar

Mit einer Neugliederung des Bundesgebietes und einer Neuordnung der Landesgrenzen ist vorläufig nicht zu rechnen, nachdem fast alle der CDU/CSU angehörenden Länder-Ministerpräsidenten sich gegen eine übereilte Neuregelung ausgesprochen haben.

Auch das Sprachrohr der CDU/CSU, der Deutschland-Union-Dienst, warnt vor einer überstürzten Neuregelung und verweist darauf, daß eine sinnvolle Neugliederung des Bundesgebietes vor der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands eine Unmöglichkeit sei. Auf keinen Fall dürften in der Bundesrepublik definitive Regelungen geschaffen werden, ohne auf die Wiedervereinigung mit den mitteldeutschen Gebieten Rücksicht zu nehmen.

Wie wir weiter hierzu hören, kommt auch das Gutachten des sogenannten Luther-Ausschusses zu keinem einheitlichen festen Vorschlag, sondern enthält nur eine Reihe von sich widersprechenden Eventualvorschlägen. Zu erwarten ist vorerst nur ein Gesetz nach Artikel 29 Abs. 6 des Grundgesetzes, das aber lediglich Verfahrensfragen regelt.

Kiesinger gegen Volksbegehren

dff. München, 1. Februar

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Bundestagsausschusses, Kiesinger (CDU), wandte sich am Montag in München gegen ein Volksbegehren, da „die große Masse nicht zuständig" sei, wenn es um große Dinge geht.

In einem geistvollen Vortrag behandelte Kiesinger vor dem CSU-Wirtschaftsbeirat in München die Problematik der parlamentarischen Demokratie, besonders der staatlichen Willensbildung auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik. Er rechtfertigte unter Hinweis auf die anonymen Mächte und Gruppen außerhalb des Parlaments den Parteienstaat und meinte, alle, denen am Herzen liege, daß kaum kontrollierbare Gruppen und Bünde nicht zu mächtig würden, müßten zu den politischen Parteien „ja" sagen. Kiesinger hält es für einen großen Gewinn, daß das Grundgesetz den Grundsatz der repräsentativen Demokratie betone und durch das konstruktive Mißtrauensvotum eine stabile und sichere Regierung ermögliche. Für Volksbegehren und Volksentscheide über außenpolitische Vorgänge sei nach Auffassung des CDU-Politikers die große Masse des Volkes nicht kompetent. „Man müsse den Mut haben, dies zu sagen".

Wer tippt mit?

1.	VfB Stuttgart — Kickers Offenbach	1	(0)
2.	RW Essen — 1. FC Köln	1	(0)
3.	SSV Reutlingen — Karlsruher SC	1	(1)
4.	Schalke 04 — Bayer Leverkusen	0	(1)
5.	Bor. Neunkirchen — TuS Neuendorf	0	(2)
6.	Eintr. Frankfurt — Schwab. Augsburg	1	(1)
7.	Preußen Dellbrück — SW Essen	1	(0)
8.	Eintr. Trier — FK Pirmasens	2	(1)
9.	Schweinfurt 05 — Kick. Stuttgart	1	(1)
10.	Westf. Herne — Alem. Aachen	1	(0)
11.	Duisburger SV — Preußen Münster	1	(1)
12.	BC Augsburg — FSV Frankfurt	1	(1)
13.	FV Speyer — 1. FC Kaiserslautern	2	(2)
14.	Fortuna Düsseldorf — Bor. M.-Gladbach	1	(1)

Wenn Liebe könnte Wunder tun
und Tränen Dich erwecken,
so würde Dich bestimmt nicht jetzt,
die kühle Erde decken.

Heute nacht um 23.30 Uhr verschied infolge eines Unglücksfalles mein über alles geliebter Mann, mein treusorgender Vater, mein lieber Schwiegersohn, unser Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Fritz Richter

im Alter von 53 Jahren.

In tiefer Trauer,
im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Martha Richter
geb. Semmler
Günter Richter

Oberbrügge, Bollwerk, Rotenburg a. d. Fulda, Schalksmühle und Fischbach, den 1. Februar 1955.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 4. Februar 1955, um 17 Uhr, vom Trauerhause Heerstraße 65 aus, statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Am 31. Januar verstarb unser langjähriger, treuer Mitarbeiter

Herr Fritz Richter

geb. 11. 12. 01

Fast 39 Jahre hat er ununterbrochen mit uns zusammen gearbeitet. Seine vorbildliche Pflichttreue und seine Gewissenhaftigkeit sichern ihm ein ehrendes Gedenken auch über das Grab hinaus.

Inhaber und Mitarbeiter
der Firma
Heinrich Giersieper

Oberbrügge, den 1. Februar 1955

Ihre Haut hungert nach
CREME MOUSON
–,60 1,– 1,50
mit Tiefen-Wirkung
die Ihren Teint und Ihre Hände schützt und schön erhält.

Schlachi-Gewürze
in bester Qualität sowie
Därme aller Art
zu haben in der
Drogerie Menke

Wunschkonzert
im eigenen Heim durch
Schallplatten.
Über 2000 Musikstücke zu Ihrer Auswahl im
Elektrohaus
Gebr. Turck
Halver

Schlanke Menschen leben länger



Der gesunde Mensch ist schlank. Wer nicht schlank ist, bei dem stimmt etwas nicht mit der Ernährung. Hungerkuren sind schädlich. Milchkuren sind gesund und machen schlank. Wer Milch trinkt, braucht weniger zu essen. Milch enthält die meisten Nährstoffe in harmonischer Ordnung.

Täglich Milch
Quelle der Gesundheit!

Spiegelblank putzen



Herdweiss benutzen

Jüngeres Mädchen
für sofort oder später von kleinem Haushalt gegen guten Lohn gesucht.
Angebote unter Nr. 425 an Allgemeiner Anzeiger

DKW-Motorrad
200 ccm (Baujahr 52) gut erhalten, zu verkaufen.
Vetter, Gut Voswinkel
Telefon Rönsahl 214

Wann wurde Ihr Schmuckstück zuletzt gereinigt und geprüft? Denken Sie daran, daß ein Ring viel aushalten muß und rechtzeitige und regelmäßige Prüfung vor unangenehmem Verlust bewahrt
Juwelier
Rüschenbeck
Dortmund, Westenhellweg 45

Knittax M2 der moderne Handstrickapparat

Strickvorführung
Wir zeigen Ihnen einen Pullover, der in 45 Minuten gestrickt werden kann.
Unbegrenzte Bemusterungsmöglichkeit!
Sehen auch Sie sich den modernen Handstrickapparat **Knittax M 2** an.
Morgen, am 3. Februar 1955, von 16 – 21 Uhr im „Hotel zur Post" Halver

Für den Bezirk Amt Halver, Amt Kierspe und Gemeinde Meinerzhagen
Vertreter
für den Verkauf von Autokraftstoffen, Ölen und Fetten gesucht. Es wollen sich nur Herren mit besten Referenzen melden.
Fritz Hettesheimer, Mineralölgroßhandlung
Lüdenscheid

ATLANTIK-Waschmaschinen
erleichtern Ihren Waschtag!
Lieferung preisgünstig frei Haus.
Fordern Sie Gratiskatalog von:
E. GRAUMANN, Rummenohl 4 i. W.
Ruf Dahl 238

Mord am Pier
Ein spannender Kriminalroman und eine Pfeife des köstlich milden
Orient-Goldteufel